

Wolffsche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ulstein. Fernsprech-Zentrale Ulstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3606—3698. Telegrammen: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 7 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 82 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 40 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahmen in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwärter] Nr 250

MITTWOCH, 25. MAI 1932

ABEND-AUSGABE

Landtags-Präsidium gewählt

Politische Entscheidung vertagt — Der Kampf geht um Brüning

Nur zwei Uhr nimmt die zweite Sitzung des neuen Preussischen Landtages ihren Anfang, auf deren Tagesordnung zunächst die Wahl des Landtagspräsidenten und der drei Vizepräsidenten steht. Noch ehe die ersten Stimmentafel eingebracht werden, kennt man bereits die Zusammensetzung des neuen Präsidiums und weiß, daß seine Wahl sich ohne Kampf vollziehen wird.

Die Vorschläge im Vorkomitee, über die wir an anderer Stelle ausführlich berichteten, haben volle Majorität geschafft. Die Nationalsozialisten, die den Landtagspräsidenten für sich in Anspruch nehmen, haben sich bereitwillig, sich bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten, für den der sozialdemokratische Wittmann an die Auswärtigen genommen ist, Stimmentafeln zu über, sowie für den Zentralratsgeordneten Schumhoff als zweiten und den deutschnationalen Abgeordneten Dr. von Kries als dritten Vizepräsidenten zu stimmen. So wird auch das neue Präsidium sich zusammenstellen. Fast steht es so aus, als ob in dem Gange in der Prinz-Albrecht-Straße „Der Widerpenstigen Zähmung“ aufgeführt wurde und die Nationalsozialisten stellen sich als das bezähmte Käthchen vor, das sich den parlamentarischen Bräuhen fügen und die Weisheitsordnung einhalten will.

Auf eine Frage des Zentrums hat der Vorsitzende der nationalsozialistischen Landtagsfraktion Stube ausbreitend erklärt, es sei für seine Fraktion selbstverständlich, daß der Reichstag nach der gültigen Verfassungsbuchung zu amieren habe. Man verheißt sich, warum die Nationalsozialisten geltend den Antrag auf Änderung des § 29 der Verfassungsordnung, der allerdings keine Aussicht auf Annahme hatte, zurückzugeben haben. Wenn man hört, mit welcher Hingabe die Nationalsozialisten geltend im Auswärtigen Ausschuss

gegenüber dem Reichsfinanzler Dr. Brüning aufgetreten sind und wenn man ihre Verhalten geltend und heute im preussischen Landtag beobachtet, kann man es leicht zu erkennen, welche Laune die Nationalsozialisten verfolgen.

Dazu gehört, daß sie sich damit einverstanden erklärt haben, nach der Wahl des Präsidiums den Landtag auf acht Tage bis zum 1. Juni zu vertagen und die Wahl des neuen Ministerpräsidenten bis dahin hinauszuschieben. Sie kommen damit einem Verlangen des Zentrums entgegen, das sich mit ihren eigenen Wünschen deckt. Lieber dem Preussengebiet länger, wenn man das so ausbilden will, die Schatten der Reichspolitik, die erst vorübergehen sein müssen, als über die neue Regierungsbildung auch nur die ersten leichten und vertraulichen Verhandlungen angeht worden.

Zu Sonnabend oder Sonntag wird die Milderheit des Reichspräsidenten erwartet, der heute vom Staatssekretär Weisner einen Vortrag über die neugeplanten Notverordnungen entgegengenommen hat. Bis Dienstag hofft man, wird jene Entscheidung gefallen sein, die darüber auftritt, welcher Kurs genommen und welchem Kabinett er genehmigt werden soll.

Die Deutschnationalen haben sich telegraphisch an den Reichspräsidenten mit dem Entschlossen, auf Grund seiner Vollmacht den Reichstag einzuberufen, damit er über die in Aussicht genommenen Notverordnungen entscheide. Die Deutschnationalen wollen so den unterirdischen Angriff, der gegen das Kabinett Brüning geführt wird, von der parlamentarischen Tribüne aus unterbinden. Wie das Kabinett Brüning mit dem Reichstag dran ist, weiß man durch die letzte Abstimmung über den Mißtrauensantrag. Ein neues Mißtrauensvotum würde kaum ein anderes Resultatverhältnis im Reichsparlament zeigen.

Darauf man jetzt wartet, das ist eine in der üblichen Form

des amtlichen Berichtes erfolgende Umbildung des Reichspräsidenten, ob das Kabinett Brüning auch weiterhin sein uneingeschränktes Vertrauen besitzt. Voraus werden sich alle weiteren Folgerungen ergeben. Wenn der preussische Landtag in acht Tagen wieder verammelt, wird für die Parteien die Linie ihres Handelns vorgezeichnet worden sein.

Rihmann erklärt

Bei Beginn der heutigen Landtags-Sitzung führte Landtagspräsident Rihmann aus: Ich habe auf geliebter Sitzung noch eine Erklärung abgegeben. Aus der Presse habe ich von schweren Angriffen erfahren, die von der linken Seite dieses Hauses geltend gemacht worden sind. Ich habe sie nicht verstanden (lärmende Erheben bei den Kommunisten).

Soweit die Verleumdungen mich persönlich angehen, ist es meine Sache, dazu Stellung zu nehmen. Ich kann auf geliebter Sitzung nicht selbstig werden kann. (Lärm bei den Kommunisten, lautes Gähnelachen bei den Nationalsozialisten).

Als Kasper (K) rief: Rieber mit dem Präsidenten! Dieser Ruf wird von seiner Fraktion dreimal wiederholt. Rihmann (fortfahrend): Wenn aber geltend gerufen worden ist: „Rieber mit den kaiserlichen Generalen“, dann möchte ich bemerken, daß dann auch der Generalfeldmarschall von Sodenberg getroffen wird. (Gelächter bei den Kommunisten, Zustimmung rechts.) Ich weiß nicht, was das gerufen hat (Lärm bei den Kommunisten: „Antke ganz Fraktion“). Das spricht nicht für diese Fraktion! (Beifolgt Zustimmung rechts.)

Die nächste Sitzung

Die nationalsozialistische Fraktion hat im Vorkomitee des Preussischen Landtages einen Antrag gestellt, wonach der Verfassungsordnungsausschuss ersucht werden soll, eine neue Weisheitsordnung für den Landtag ausgearbeitet.

Dieser nationalsozialistische Antrag soll in Verbindung mit dem Verfassungsordnungsausschuss der Deutschnationalen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landtages am 1. Juni gestellt werden. Ferner wird die Tagesordnung der nächsten Landtagsitzung die Beratung der deutschnationalen und kommunistischen Mißtrauensanträge gegen das geltendsetzende Kabinett Brüning vorlegen.

Wenn die Wahl des neuen Ministerpräsidenten stattfindet, ist noch nicht bestimmt.

Japanis „Säuberungsaktion“

CHARBIN, 25. MAI

Bei dem Versuch der japanischen Besatzungstruppen, eine entscheidende Operation gegen die chinesischen Freiheitskämpfer in der Nordmandschurie durchzuführen, ist es in der Umgebung von Charbin zu schweren Kämpfen gekommen. Japanische Streitkräfte haben mit Artillerie, Tanks und Flugzeugen die Chinesen am Westufer des Dsungar-Stromes angegriffen.

Die Überbevölkerung ist vollkommen unterbrochen, da die Chinesen die Gegend in westlicher Richtung auf fünf Kilometer zurückgezogen sind. Weiter östlich von Charbin einen Ehrenabstand von 200 chinesischen Meilen bei Tsingtau befehligt haben. Nach Flugblätter mußten nach Charbin zurückziehen, da sie auf dem Dsungar befohlen wurden.

Der japanische Oberbefehlshaber, General Sonjo, hat sein Hauptquartier von Mukden nach Charbin verlegt. Diese Tatsache zeigt, mit welchem Nachdruck die japanischen Operationen an der russischen Grenze durchgeführt werden.

★
Ivan Tokio kommt jetzt der Nachricht, daß bei dem französischen Bombenanflug im Dongkui-Berl von Schanghai übermoralische Generalen Schirafama nicht feinen Bemerkungen erliegen ist, sondern im letzten Augenblick durch eine Unterleibs-Operation gerettet werden konnte. In den Setzungen von Tokio und Schanghai werden schon lange Klagen erdrienen, als das Kranftumens sich meldete und die Beförderung im Befinden des Generals bekanntgabte.

Straßenkampf in Sao Paulo

RIO DE JANEIRO, 25. MAI

Während des Besuchs des brasilianischen Finanzministers Franho in Sao Paulo kam es zu ersten Ausschreitungen. Die Polizei war den Demonstranten nicht gewachsen, so daß Trup-

Das Reichskabinett berät wieder

Vorschläge für die Invalidenversicherung und die Siedlung

Das Reichskabinett hat heute die Beratungen über das Finanz- und Sozialprogramm wieder aufgenommen. Im Vordergrund steht immer noch die abschließende Reduktion der Weisheitsfürsorge und die Beschaffung der Mittel für die Arbeitslosenfürsorge und den Ausgleich des Eisens. Die Fragen der Arbeitsbeschaffung, insbesondere die Frage der Arbeitslosenversicherung, sind zunächst zurückgestellt.

Mit dem Finanzprogramm wird zugleich auch die Frage der Sanierung der Invalidenversicherung behandelt. Es wurde festgestellt, daß hier ein Defizit von 200 Millionen insgesamt zu decken ist. Die Schwierigkeiten der Invalidenversicherung sind jedoch besonders kritisch, daß den monatlichen Ausgaben von ungefähr 70 Millionen nur Einnahmen in Höhe von rund 55 Millionen gegenüberstehen. Die Ausweitung der Invalidenrente konnte bisher nur dadurch aufrechterhalten werden, daß sich die Versicherung bei der Reichspost erheblich verschuldet, wodurch wieder Ansprüche an das Reich entstanden sind.

Vom Reichsarbeitsministerium sind für die Sanierung der Invalidenversicherung auch Maßnahmen vorgeschlagen worden: 1. eine Kürzung des Grundbetrages der Invalidenrenten um 6 bis 7 Mark, 2. h. um 17 bis 20 P. S., und entsprechend der Witwen- und Waisenrenten; 2. Schaffung einer Gefahrengemeinschaft aller Invalidenversicherungsanstalten, wodurch die Lebensfähigkeit aller arbeitenden Anstalten zum Ausgleich der Defizite der für die befallenen herangezogen werden könnten.

Über die Notwendigkeit der Versicherungsanstalten für die Lebensfähigkeit der Versicherungsanstalten von den Ländern starke Bedenken erhoben werden.

Über die Frage der Arbeitsbeschaffung und damit auch der Siedlung hat im Kabinett am Montag bereits eine allgemeine Aussprache stattgefunden. Es wird verheißt, daß die Frage der Siedlung für die Siedlung, über die zwischen dem Reichs-

arbeitsministerium und dem Hofminister ein befehliger Streit entbrannt war, in Sinne der bisherigen Regelung geführt worden ist. Für die praktische Durchführung der Siedlung scheinen sich jedoch zunächst die Vorschläge des Hofministers durchgesetzt zu haben. Diese Vorschläge zielen auf eine Ermäßigung des Weisheits, die Zwangsvereinerung der Güter einzustellen, die nicht mehr entschuldigungsfähig sind. Eine besondere Ausföhrungs-Organisation soll bei den Zwangsvereinerungen übernehmen, damit die landwirtschaftliche Arbeit bis zur vollständigen Anhebung der Siedler nicht unterbrochen wird. Als Gewerbesteuer soll bei den Zwangsvereinerungen ein gewisser Prozentsatz des Einheitswertes angelegt werden, nicht über 50 bis 60 P. S. Einzelne Weisheitsbesitzer, mit denen auch die Ansprüche der Gläubiger befristet werden sollen, mit Ausnahme der erstellten Hypotheken, für die das Reich die Sicherheit übernimmt.

In all diesen Fragen sind aber, wie ausbreitend betont werden muß, Weisheitsläufe noch nicht gefaßt. Es handelt sich um Vorschläge, die sehr wohl noch erhebliche Änderungen erfahren können. Das Reichskabinett sollte, die Beratungen mit dieser Woche im großen und ganzen zum Abschluß bringen zu können, so daß der Reichsfinanzler dem Reichspräsidenten nach seiner Rückkehr von Brüssel — am Montag nicht — Vortrag halten kann. Mit der Veröffentlichung der Notverordnung wäre dann für Dienstag oder Mittwoch der nächsten Woche zu rechnen.

Abniral von Hipper †

Der bekannte Führer der letzten Seefreiwilke in der Elbingerstraße, Abniral von Hipper ist, wie bei Bekanntheit bekannt wird, heute in seiner Wohnung in Altona-Oberrhein einen Schlaganfall erlitten. Der Berberberne hand im 88. Lebensjahre.